

# grünpol

Nr. 35 | November 2010

## 2x Nein zu Ausschaffungsinitiative und Gegenvorschlag



Die unrechtmässige und unmenschliche Ausschaffungsinitiative der SVP reiht sich nahtlos in die fremdenfeindlichen Volksinitiativen der letzten Jahre ein. Es geht der SVP nicht darum, Lösungen für Probleme des Zusammenlebens aufzuzeigen, sondern Angst zu schüren und im Fremden den Sündenbock zu finden. Den Sündenbock für eine Welt, die wirtschaftlich und kulturell zwar immer globaler wird, aber viele Leute verunsichert oder an ihrem Arbeitsplatz bedroht. So reisen die SchweizerInnen zwar so billig wie möglich ins Ausland, kommunizieren täglich

global im Internet und verehren die globale Pop-, Mode- oder Filmkultur. Doch kommen Menschen aus dieser Welt zu ihnen nach Hause, würden sie am liebsten die Türen dreifach verschliessen.

Hier setzt die SVP bewusst an. Und wo würde das nicht besser gelingen, als bei Ausländern, die in der Schweiz kriminell geworden sind und schwere Straftaten begangen haben? Wer kann sich dem schon entgegenstellen?

In diesem Kontext wurden die Ausschaffungsinitiative und der Gegenvorschlag im Parlament bera-

ten. Es ist verheerend, dass sich die Mitteparteien und die SP für einen Gegenvorschlag einsetzen, der genau dasselbe will wie die Volksinitiative, aber völkerrechtskonform ist. Sie wollen sich nicht den verunsicherten Menschen, nicht ihren echten Sorgen und ebenso wenig der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit stellen. Die SVP diktiert, die Bundesratsparteien parieren. Das ist besorgniserregend.

Die Grünen sagen Nein zu Volksinitiative und zum Gegenvorschlag, weil der aktuelle Verfassungsartikel (Art. 121) und das heute geltende

Ausländerrecht bei einer Verurteilung zu einer längeren Freiheitsstrafe die Wegweisung bereits vorsehen. Alleine im Jahre 2008 wurden 500 Personen aus der Schweiz ausgeschafft. Unser Land hat schon heute eines der härtesten Ausländergesetze Europas. Es ist falsch, die StimmbürgerInnen glauben zu lassen, dass mit doppelt so vielen Ausschaffungen das Problem der Ausländerkriminalität gelöst werden kann. Konsequente Integration und Vollzug der bestehenden Geset-

ze sind wichtiger. Zudem verletzt die Ausschaffungsinitiative und der Gegenvorschlag das Prinzip der Rechtsgleichheit (BV Art.9), wonach alle Menschen in der Schweiz vor dem Gesetze gleich sind. Das «Nicht-Schweizer sein» würde pauschal bestraft und das Verhältnismässigkeitsprinzip (automatischer Entzug von Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung) verletzt. Es darf in unserem demokratischen Rechtsstaat kein Sonderrecht und keine Sippenhaft für AusländerInnen ein-

geführt werden. Ganze Familien würden auseinandergerissen, weil der Vater Sozialhilfe missbräuchlich bezogen hat. Jugendliche und Kinder der 2. und 3. Generation, hier geboren und aufgewachsen, müssten schon bei wiederholtem Ladendiebstahl die Schweiz, ihre Heimat, verlassen. Das ist unmenschlich, das ist unrechtmässig. 2 x Nein, so darf unsere Schweiz nicht werden.

Maya Graf, Nationalrätin  
und Fraktionspräsidentin

## JA zum Wechsel der richterlichen Überprüfungsbehörde betreffend Polizeigewahrsam für GewalttäterInnen von Sportveranstaltungen

Im Frühling 2006 beschlossen die eidgenössischen Räte Vorschriften zur Bekämpfung von Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen. Es waren 5 präventive Massnahmen vorgesehen: die elektronische Registrierung, die Ausreisebeschränkung, die Meldeauflage, das Rayonverbot und der Polizeigewahrsam bis maximal 24h.

Da die drei letztgenannten Massnahmen umstritten waren, wurden diese bis Ende 2009 befristet. Per Januar 2010 wurden diese von den Kantonen in Form eines Konkordats in kantonales Recht überführt. Nach dem Landrat hat auch das Volk mit deutlichem Mehr beschlossen, diesem Konkordat beizutreten.

Falls die Massnahme Polizeigewahrsam angeordnet wird, haben die Betroffenen die Möglichkeit, eine richterliche Überprüfung zu verlangen. Da es sich um präventive Massnah-

men zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung handelt, war diese Überprüfungsbehörde gemäss Kantonsverfassung der Verwaltungsgerichtsbarkeit zuzuordnen. Der Gesetzgeber wies diese Aufgabe vorübergehend dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht des Kantonsgerichts zu. Dieses verfügt aber über keine Pikettorganisation, die diese Überprüfungen auch an Wochenenden durchführen könnte.

Es würde deshalb Sinn machen, die Überprüfungsbehörde einem Gericht zuzuschlagen, das eine solche Pikettorganisation bereits verfügt. Diese Möglichkeit ergibt sich ab Januar 2011, wenn gemäss Bundes-Strafprozessordnung das neue Zwangsmassnahmengericht geschaffen wird. Dieses Zwangsmassnahmengericht ist im Strafrecht tätig und verfügt über eine voll eingerichtete Pikettorganisation.

Ziel dieser Vorlage ist es, diesen Wechsel zu vollziehen und die Überprüfungsbehörde ins Zwangsmassnahmengericht zu integrieren. Daraus ergibt sich gesetzgeberischer Handlungsbedarf: Einerseits muss durch eine Verfassungsänderung ermöglicht werden, dass das Zwangsmassnahmengericht neben seiner strafrechtlichen Tätigkeit auch verwaltungsrechtliche Zusatzfunktionen übernehmen kann. Andererseits müssen im Polizeigesetz und im Gerichtsorganisationsgesetz die neuen Gerichtszuständigkeiten implementiert werden.

Die vorliegende Lösung ist sachgerecht und nur deshalb etwas umständlich, weil eine Verfassungsänderung – und deshalb eine Volksabstimmung nötig ist.

Rahel Bänziger Keel, Landrätin Binningen

# JA zur Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb»



Kantone und Gemeinden haben in der Schweiz traditionell sehr viel mehr zur Höhe der Steuern zu sagen als der Bund. Dies ist ein grosser Unterschied zu praktisch allen Nachbarstaaten, wo die Steuern überwiegend vom Zentralstaat bestimmt werden. Von diesem dezentralen Ansatz hat die Schweiz in der Vergangenheit stark profitiert, da er gewährleistete, dass die Kompetenz über das Geldausgeben und das Geldeinnehmen sehr Nahe beim Volk angesiedelt ist.

Diese Volksnähe der Finanzentscheidungen hat natürlicherweise auch zu einem Wettbewerb zwischen den Kantonen und Gemeinden geführt. Dieser Wettbewerb war sehr lange nützlich, doch in den letzten Jahren missbrauchen einige Kantone dieses Instrument massiv. Sie picken einerseits die Rosinen der Steuerzahler, während sie andererseits weiter am Subventionstropf hängen und von den Leistungen der anderen Kantone stark profitieren. Die Solidarität zwischen den Kantonen wird überstrapaziert und missbraucht. Mittlerweile bezahlen die Steuer-

pflichtigen in einigen Kantonen drei Mal mehr Steuern als in anderen Kantonen. In dieser Situation bedarf es gewisser Leitplanken für den Steuerwettbewerb, um dessen nützliche Effekte nicht kaputt zu machen.

Gemäss der Steuergerechtigkeits-Initiative wird allen Kantonen eine Mindestbesteuerung hoher Einkommen über 250'000 Franken pro Jahr und Vermögen von mehr als 2 Millionen Franken vorgeschrieben. Aktuell betroffen wären von dieser Regel ca. zehn, vorwiegend in der Inner-schweizliegende, Kantone. Als besonders stossend erscheint zudem die Tatsache, dass gerade diese Kantone mehrfach und deutlich überproportional von Bundessubventionen (z.B. für Berggebiete, Landwirtschaft, Tourismus, etc.) profitieren. Der Kanton Baselland, ebenso wie Baselstadt, Solothurn, Zürich oder Bern wären nicht betroffen. Für steuerpflichtige Privatpersonen und Unternehmen im Baselbiet hat ein Ja zur Initiative keine Auswirkungen. Insbesondere entstehen keine Steuererhöhungen.

Klaus Kirchmayr, Landrat Aesch

## Kommentar



Isaac Reber,  
Landrat und Regierungsratskandidat

### Ambitionierte Fraktion mit grossen Zielen

Die Grünen Baselland starten mit einem neuen Fraktions-Führungsteam ins letzte Jahr der Legislatur 2007 - 2011. Weil Madeleine Göschke per Ende September als Landrätin zurücktrat, wählte die Fraktion einstimmig Klaus Kirchmayr zum neuen Fraktionspräsidenten und Marie-Theres Beeler zur neuen Vize-Fraktionspräsidentin.

Mit Klaus Kirchmayr steht ein bestens qualifizierter und im Parlament breit akzeptierter Nachfolger bereit. Er kann von Madeleine Göschke eine mittlerweile auf 11 Mitglieder angewachsene Fraktion übernehmen, die mit viel Engagement und wachsendem Erfolg die grüne Perspektive in die Baselbieter Politik einbringt.

Die Schwerpunkte unserer Fraktionsarbeit liegen bei den Themen Umwelt, Bildung, Energie, Finanzen und Gesundheitspolitik. Mit 189 hat die Grüne Fraktion mit Abstand am meisten Vorstösse eingereicht. Viel massgebender als die Zahl allein ist aber der Erfolg: Auch hier liegen die Grünen mit 57 überwiesenen Vorstössen dem ersten Platz.

Bei den Wahlen im März 2011 möchten wir unseren Einfluss im Parlament weiter ausbauen und Verantwortung in der Regierung übernehmen. Wir wollen den aktuellen Schwung nutzen, auf allen Ebenen Einfluss nehmen und der grünen Politik zum Durchbruch verhelfen. Das ist möglich mit der Unterstützung von allen, die dieses Ziel mit uns teilen – mit Eurer Unterstützung!

## Verabschiedung Madeleine Göschke



Madeleine Göschke

Madeleine Göschke verabschieden wir zum Glück «nur» als Fraktionspräsidentin und Landratsmitglied. Sie bleibt uns aber erhalten und wird uns neu zusammen mit Esther Maag zukünftig bei den Grünen Schweiz im nationalen Parteivorstand vertreten. Mit diesem Duo sind wir ausgezeichnet in Bern repräsentiert und bestimmt werden die beiden auch dort für positive Unruhe sorgen. Dieses Tandem hat schon bei uns hervorragende Arbeit geleistet. Unter der Ägide der beiden Fraktionspräsidentinnen (Esther Maag 2002-2006, Madeleine Göschke 2006-2010) ist die grüne Fraktion von einem wilden (und lustigen) Haufen von fünf individuellen Kämpferinnen und Kämpfern für die grüne Sache zu einer schlagkräftigen, gut organisierten Fraktion mit mittlerweile 11 Mitgliedern gewachsen.

Auch als Landrätin hat Madeleine Göschke viel geleistet, über 80 Vorstösse eingereicht und sich vor allem auf den Gebieten Gesundheitspolitik und Fluglärm viel Respekt verschafft. Wir alle danken Madeleine Göschke herzlich für ihren unermüdbaren Einsatz für die gute grüne Sache!

Isaac Reber, ehemaliger Vizefraktionspräsident

## Bundesratswahlen vom 22. September 2010

### Achtungserfolg für unsere Grüne Bundesratskandidatin

Einmal mehr war eine Session vom politischen und medialen Grossereignis Bundesratswahlen geprägt. Die wichtigen Sachgeschäfte mussten leider hinten anstehen. Dabei wäre es vernünftiger, die Parteien würden gemeinsam die Probleme lösen, anstatt die Mitglieder des Bundesrates während der Legislatur auszuwechseln. Heute sind nur noch drei von sieben im Jahre 2007 gewählte BundesrätInnen im Amt.

Die Grüne Fraktion hat daher bei den Rücktritten der Bundesräte Leuenberger und Merz kritisiert, dass sie dieses wahltaktische Manöver für den Machterhalt vor den Gesamterneuerungswahlen des Parlamentes 2011 nicht goutiert. Was nicht heisst, dass wir uns nicht über die Wahl von Simonetta Sommaruga (SP) und über die Frauenmehrheit in unserer Landesregierung freuen.

Der zweite FDP Sitz von Johann Schneider-Ammann würde jedoch rein rechnerisch gesehen den Grünen zustehen. Daher haben wir mit der Kandidatur von Nationalrätin Brigit Wyss (SO) eine eigene Bundesratskandidatur aufgestellt. Wir Grüne sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Die Wirtschafts-, Ressourcen- und Klimakrisen zeigen: Es braucht dringend grüne Politik im Bundesrat, damit der ökologische Umbau der Wirtschaft vorangetrieben wird.

Dabei ist für die Grünen klar, dass die ökologischen und sozialen Kräfte im Bundesrat nur zusammen mit der SP gestärkt werden. Es war deshalb eine herbe Enttäuschung, dass unser wichtigster Partner die grüne Bundesratskandidatin nur halbherzig unterstützt und sogar versucht hat, sie schlecht zu reden. Die Grüne Fraktion wertet das Abschneiden ihrer Kandidatin trotzdem als Achtungserfolg. Vor allem aber ermöglichte die Kandidatur, einer breiten Öffentlichkeit die Wichtigkeit grüner Politik für die Zukunft unseres Landes aufzuzeigen.

Maya Graf, Nationalrätin  
und Fraktionspräsidentin

## Abstimmungsparolen 28. November 2010

### Eidgenössische Vorlagen

**NEIN** zur Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» und

**NEIN** zum Gegenvorschlag über die Aus- und Wegweisung krimineller Ausländerinnen und Ausländer.

**JA** zur Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb»

### Kantonale Vorlage

**JA** zum Wechsel der richterlichen Überprüfungsbehörde betreffend Polizeigewahrsam für GewalttäterInnen von Sportveranstaltungen: Anpassung Polizeigesetz und Gerichtsorganisationsgesetz sowie Verfassung.

## Agenda

Ausstellung: 2° Das Wetter, der Mensch und sein Klima. Die grosse Ausstellung zu Azorenhoch, Regenmachern und Gletscherschmelze – im Dreispitz mit vielen zusätzlichen Rahmenveranstaltungen zur Ausstellung, wie z.B.:

4. November, 19.00 Uhr, Ausstellung 2°, Klimasaal, Kunstfreilager Dreispitz, Tor 13, Münchenstein/Basel: «Klimawandel – Folgen, Gewinner, Verlierer?» Zwei Vorträge, anschliessend Diskussion.

Mehr Informationen unter: [www.2grad.ch](http://www.2grad.ch)

24. November, Gründung «Grüne Regiopartei Leimental». 20.15 Uhr im Landgasthof Ochsen, 1. Stock, an der Hauptstrasse 12 in Oberwil (1-2 Min. von Bus/Tram). **Gäste:** Philipp Schoch, Präsident Grüne Baselland und Isaac Reber, Regierungsratskandidat.

### IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Postfach 267, 4012 Basel

Redaktion: [info@gruene-bl.ch](mailto:info@gruene-bl.ch)

Auflage: 1400 Ex.

gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied ([www.gruene-bl.ch](http://www.gruene-bl.ch)) oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer Spende (PC-Konto 40-7608-1)